**Zeitschrift:** Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin

**Herausgeber:** Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen

Forschung

**Band:** 21 (2009)

Heft: 82

**Artikel:** Zeitung mit Zukunft?

Autor: Hafner, Urs

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-968369

## Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

## **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

## Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 21.10.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

VON URS HAFNER

er freiheitliche Westen ist stolz auf seine unabhängigen und qualitativ hochstehenden Medien. Denn eine vielfältige Medienlandschaft, so eine staatspolitische Maxime, sei eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Funktionieren einer liberalen Demokratie. Wo, wenn nicht in der Zeitung, können sich die Staatsbürger und -bürgerinnen über die Tätigkeiten der von ihnen gewählten Parlamentsabgeordneten informieren? Wo, wenn nicht dort, erfahren sie, ob sich die Regierung an die gemachten Versprechen hält und ob die Wirtschaftskapitäne nicht nur ihren eigenen Nutzen verfolgen, sondern auch das Gemeinwohl im Auge behalten?

Natürlich gibt es Alternativen: Fernsehen, Radio und – immer mehr – das Web. Doch nach wie vor scheint die kostenpflichtige Tageszeitung das bevorzugte Medium des informierten Bürgers zu sein, in welchem er sich über Ereignisse und Tendenzen in Politik, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft auf dem Laufenden hält. Mehr noch: Dieses Medium bietet ihm und anderen aufgeklärten Zeitgenossinnen eine gemeinsame Grundlage, um sich über die Res publica und die diese tangierenden Fragen auszutauschen.

Doch die Realität sieht anders aus. Auch wenn man die staatspolitische Bedeutung der freien Presse in Fest- und Feierstunden noch und noch beschwört – das ändert nichts daran, dass sich die freie Presse in der wohl grössten Krise ihrer Geschichte befindet. Sinkende Leserzahlen und Inserateeinnahmen höhlen ihre finanzielle Grundlage aus. Verlagsmanager greifen zum Rotstift, dezimieren Redaktionen und senken die Honorare für freie Journalisten nochmals um eine Stufe. Vielleicht steht die täglich erscheinende Qualitätszeitung sogar vor dem Aus. Doch niemand scheint das gross zu kümmern.

Diese Entwicklung findet Werner A. Meier so überraschend wie bedenklich. Der Zürcher Medienwissenschaftler, der zurzeit an einem grösseren Forschungsprojekt zum Wandel der internationalen Medienregulierung arbeitet, nennt ein Beispiel: Als der Zürcher «Tages-Anzeiger» im Frühsommer einen Viertel seiner Redaktion entliess, reagierte die Öffentlichkeit nicht. «Noch vor zehn, fünfzehn Jahren wäre ein Sturm der Entrüstung durchs Land oder zumindest durch die Leserschaft gegangen», ist Meier überzeugt. Die Leser hätten sich mit ihrem Blatt identifiziert und verlangt, dass die Entlassungen rückgängig gemacht würden. Warum blieben diese Reaktionen aus?

Meier hat den Eindruck, dass sich das Verhältnis der Leser zu ihrer Zeitung in den letzten Jahren verändert habe. Die Ursache seien vermutlich die Gratiszeitungen. «Die Leser haben gemerkt, dass die grossen Verlage mit den Gratiszeitungen vor allem eins wollen: Geld verdienen. Ursprünglich war die Zeitung mehr als ein kommerzielles Produkt; es wohnte ihr immer auch ein weltanschaulicher oder ideeller Mehrwert inne Das scheint vorbei zu sein Die Gratiszeitungen färben auf die Qualitätsblätter ab und entwerten diese.» Mit anderen Worten: Die grossen Verlage treiben die Entwertung ihrer Qualitätsblätter selbst voran. Die Leserbindung löst sich auf, die Leute sind nicht mehr bereit, einen angemessenen Preis oder überhaupt ein Entgelt für ihre Zeitung zu entrichten.

Bei der Entlassung der Redaktorinnen und Redaktoren des «Tages-Anzeigers» ist Meier noch etwas aufgefallen: die Hilflosigkeit der Redaktion. Diese habe zwar versucht, auf die Situation der Entlassenen aufmerksam zu machen und dabei darauf hingewiesen, dass der Konzern – wie übrigens auch die anderen grossen Verlage – in den letzten Jahren gerade mit den Zeitungen sehr viel Geld verdient habe, weshalb die nun eingeleiteten Sparmassnahmen nicht gerechtfertigt seien. Doch weder die

Demonstration der Hilflosigkeit: Der Protest der Redaktionen gegen die Entlassungen verhallt oft ungehört (hier die Belegschaft des «Tages-Anzeigers»).



Öffentlichkeit noch die Redaktionen anderer Medien hätten die Argumentation aufgenommen.

Woher rührt die Hilflosigkeit der Journalisten? Nach Meier wurden sie von den in den letzten Jahren erfolgten Veränderungen in der Medienlandschaft kalt erwischt, weil sie sich bei der Berichterstattung zu sehr auf die Mächtigen konzentrieren - nicht in kritischer, sondern in affirmativer Absicht und zu oft distanzlos. Über die Mächtigen zu schreiben sei nicht schwierig: «Blocher muss man nicht einführen. Da muss der Journalist nichts entdecken, jeder Leser weiss, worum es geht.» Viel schwieriger sei es, Missstände aufzudecken und so kommende Krisen aufzuspüren, nicht nur in der Finanzwelt. Statt danach zu fragen, ob die Machtverhältnisse gerechtfertigt seien, hätten die Journalisten diese letztlich zementiert. Wer es sich zu beguem einrichte in für ihn kommoden Verhältnissen, drohe realitätsblind zu werden.

## Realitätsblindheit

Diese Realitätsblindheit macht sich nach Meiers Beobachtungen auch im journalistischen Selbstbild bemerkbar. «Viele Journalisten pflegen ein Idealbild ihres Berufes, das mit der Realität nicht mehr viel zu tun hat.» Sie führten sich so auf, als verfügten sie noch immer über viel Zeit zum Recherchieren und könnten sich auf ein bestimmtes Thema spezialisieren. In Tat und Wahrheit läuft ihre Arbeit immer mehr auf «Cross-Media» hinaus: Der Journalist der Zukunft muss in der Lage sein, aus einem Sachverhalt mehrere Produkte zu fabrizieren, also einen Bericht für die gedruckte Zeitung, eine kürzere Meldung für die Gratisausgabe, einen Text fürs Web, dazu ein Videointerview oder gar ein Filmchen. Meier hält von der neuen Struktur, die den Redaktionen verpasst wird, nicht viel: «Man spricht gerne und viel von der neuen Medienvielfalt, doch das Resultat ist wahrscheinlich eine Homogenisierung des Journalismus.»

Wird die Qualitätszeitung aussterben? «Bestehende Medien verlieren an Bedeutung, wenn neue auftauchen, aber sie sterben nicht aus, wie man am Beispiel des Radios und des Fernsehens sieht», sagt Meier. Auch die klassische Zeitung werde nicht aussterben. Was das Web hingegen an neuen journalistischen Möglichkeiten und Formen bringe, sei noch nicht abzusehen. Ersetzen könne es die Zeitung in ihrer heutigen Form nicht. «Jetzt ist die Zivilgesellschaft gefordert, also engagierte Bürger, die sich in die Gestaltung der Zukunft der gedruckten Presse einmischen.»

In der Tat: Wenn die immer wieder beschworene pluralistische liberale Demokratie, zu deren Entstehung und Entwicklung die Qualitätszeitungen beigetragen haben, wirklich existiert, dann müssten sich die Bürgerinnen und Bürger dieser Demokratie allmählich zum Verschwinden ihrer Zeitung äussern.